

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Brexit-Verhandlungen steuern auf „Flextion“ zu** 2
- **Kroatien erfüllt alle Bedingungen für Beitritt zum Schengen-Raum** 3
- **EU stimmt neuem Hilfsbudget für Moldawien zu** 4
- **Kommission startet mit Marktbeobachtung für Obst und Gemüse** 5
- **Junckers Abschiedsrede und die Beurteilung seiner Kommission** 6

Europäisches Parlament

- **Abstimmung über Steuertransparenz großer Unternehmen** 7
- **Finanzhilfen für Arbeitnehmer, die von möglichem No-Deal-Brexit betroffen wären** 8
- **EU-Investitionsbudget: Mehr Geld für Klimaschutz** 9

Europäischer Rat

- **Donald Tusk präsentiert die Ergebnisse des EU-Gipfels** 10

Sonstiges

- **Europäische Internetadresse weltweit verfügbar** 11
- **EU mobilisiert gemeinsam mit Partnern private Investitionen in Nachhaltigkeit** 12

Laufende Konsultationen	13
Tagesordnungen der Institutionen	14
Impressum	14

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Brexit-Verhandlungen steuern auf „Flextension“ zu

Ja zum Brexit, aber bitte ohne Eile: Das britische Unterhaus hat sich eigenwillig zu Johnsons Plänen verhalten. Lösung könnte nun eine flexible Frist der EU sein. Am Dienstag, den 22. Oktober billigte die Mehrheit der Abgeordneten im britischen Parlament im Grundsatz ein Ratifizierungsgesetz, mit dem der Deal zum Austritt aus der Europäischen Union nationales Recht werden soll.

Jedoch scheint es unwahrscheinlich, dass dies bis zum Stichtag 31. Oktober, den Johnson schon lange angestrebt hatte, über die Bühne gehen wird. Denn das Parlament möchte sich mit der dritten Lesung des Gesetzesentwurfs und der nachfolgenden Ratifizierung Zeit lassen – zumindest mehr als Johnson es im Sinn hat. Die Abgeordneten lehnten den straffen Zeitplan des Premierministers nämlich ab.

Johnson kündigte an, mit den EU-Mitgliedsstaaten über ihre Intentionen sprechen zu wollen. Denkbar ist in dieser Situation, dass die EU eine „Flextension“ bis zum 31. Januar anbietet. Mit anderen Worten: Die neue Frist könnte bis zum 31. Januar laufen, aber auch kürzer ausfallen, wenn die Ratifizierung des Austrittsvertrages zu einem früheren Zeitpunkt im Parlament über die Bühne geht.

Boris Johnson möchte verhindern, dass sein Austrittsdeal wieder hinterfragt wird und es wieder zu einem „weichen“ Brexit wie dem von seiner Vorgängerin Theresa May kommen könnte, der eine enge Anbindung des Vereinigten Königreichs an die EU vorsieht. Laut seinem „harten“ Brexit soll hingegen das gesamte Vereinigte Königreich die EU-Zollunion verlassen. Gleichzeitig sollen Produktstandards des EU-Binnenmarktes für die britische Provinz Nordirland gelten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Kroatien erfüllt alle Bedingungen für Beitritt zum Schengen-Raum

Nach dem EU-Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 ist das Land laut Auffassung der Kommission nun bereit ein vollwertiges Mitglied zu werden und somit wird empfohlen, Kroatien in den Schengen-Raum aufzunehmen.

Die Europäische Kommission hat über die Fortschritte Kroatiens bei der Erfüllung der Voraussetzungen für seinen Beitritt zum Schengen-Raum berichtet. Die Kommission ist angesichts der Ergebnisse des 2016 eingeleiteten Schengen-Evaluierungsprozesses der Auffassung, dass Kroatien die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um die Bedingungen für die vollständige Anwendung der Schengen-Vorschriften und -Normen zu erfüllen.

Kroatien muss weiter an der Durchführung aller laufenden Maßnahmen – insbesondere am Management der Außengrenzen – arbeiten, um die Erfüllung dieser Bedingungen auch künftig zu gewährleisten. Die Kommission bestätigt des Weiteren, dass Kroatien weiterhin die mit den Schengen-Vorschriften verbundenen Verpflichtungen erfüllt, die es in den Beitrittsverhandlungen eingegangen ist.

Die Kommission fordert den Rat auf, die Mitteilung zu erörtern, damit Kroatien im Einklang mit der Beitrittsakte von 2011 dem Schengen-Raum beitreten kann.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

EU stimmt neuem Hilfsbudget für Moldawien zu

Am 18. Oktober hat die Kommission die Bereitstellung von € 14,35 Mio. in Hilfgeldern für schwer benötigte Reformen in der Republik Moldawien genehmigt. Diese Hilfe soll in die Polizeireform, den Kampf gegen Korruption und Geldwäsche, die Modernisierung des Energiesektors und ein effizienteres und transparenteres Finanzsystem gesteckt werden.

Der österreichische Kommissar für europäische Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn kommentierte dazu: „Das Hilfspaket zeigt den Willen der Union, den Bürgern Moldawiens dabei zu helfen, diese langersehnten Reformen einzusetzen. Die moldawischen Behörden haben ihre Bemühen, Korruption effektiv zu bekämpfen und die Unabhängigkeit des Strafverfolgungs- und Rechtssystems zu garantieren, bereits verstärkt. Dies ist elementar für das Vertrauen der Bevölkerung. Die moldawischen Bürger können auf die volle Unterstützung der EU bauen.“

Die Kommission hat im Juli dieses Jahres ihre Budgethilfezahlungen an die Republik Moldawien wieder aufgenommen, nachdem diese Zahlungen aufgrund einer Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit im Land fast zwei Jahre lang ausgesetzt worden waren. Nach dem Regierungswechsel im Juni 2019 haben die moldawischen Behörden einen umfassenden Strukturreformprozess eingeleitet, der die notwendigen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Budgethilfe und der Makrofinanzhilfe für die Republik Moldawien geschaffen hat.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Kommission beginnt mit Beobachtung des Obst- und Gemüsemarkts

Am 18. Oktober begann mit einem Meeting offiziell die neue Obst- und Gemüsemarktobservation, von der sich die Union verspricht, dass sie mehr Transparenz und kurzfristige Analysen für einen der wichtigsten Sektoren im Ressort der europäischen Landwirtschaft bringen wird. Obst und Gemüse bilden ungefähr ein Viertel des gesamten landwirtschaftlichen Outputs der Union.

Die Observierung soll regelmäßig überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht werden und eine große Breite an Daten hinsichtlich Marktpreisen, Produktion und Handel umfassen. Diese werden ergänzt von Marktanalysen, kurzfristigen Prognoseberichten, mittelfristigen Aussichten und regelmäßigen Meetings von Marktexperten um die aktuellen Marktbedingungen zu diskutieren.

Der Fokus soll insbesondere auf Kernobst wie Äpfel und Birnen, Zitrusfrüchten, Steinfrüchten wie Pfirsiche und Nektarinen und Tomaten liegen.

Nach dem Start der Marktbeobachtung für Getreide, Zucker, Fleisch und Milch ist der Obst- und Gemüsektor der letzte große Sektor, der von einer Observation profitiert. In Bälde soll auch eine Weinmarkt-Beobachtung (geplanter Start hierfür ist der 4. November) beginnen. Die Europäische Kommission begann mit der Einsetzung jener Beobachtungen um dem europäischen Landwirtschaftssektor dabei zu unterstützen, sich effektiver auf die Flüchtigkeit des Marktes vorzubereiten und mehr Transparenz sicherzustellen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Junckers Abschiedsrede und die Beurteilung seiner Kommission

In der Diskussion der Parlamentssitzung vom 22. Oktober sprach Jean-Claude Juncker ein letztes Mal vor dem Parlament. Dabei zogen er und die Abgeordneten über die Arbeit und die Errungenschaften seiner scheidenden Kommission Bilanz.

Juncker selbst erinnerte vor allem an den Fortschritt, den seine Kommission in den Ressorts gemacht hatte, die er zu Amtsantritt als Priorität ausgerufen hatte: Wachstum, Arbeitsplätze und Investment, Europa zu neuem Schwung verhelfen. Außerdem blieb Griechenland im Euro.

Er gab seine Enttäuschung kund, dass die Bankenunion nicht fertiggestellt wurde – in seinen Augen der Schlüssel zur Bekämpfung künftiger Krisen – aber nannte als weiteren großen Erfolg die Errichtung der Säule der sozialen Rechte und der Arbeiterrechte, welche ein wichtiger Schritt seien, Arbeiter in bestimmten Branchen mit der ihnen gebührenden Würde zu versehen.

Die Relationen zu Afrika und die Schließung 15 neuer Handelsbündnisse wurden ebenfalls als Erfolge verbucht. Für ihn sei jedoch die größte Errungenschaft, den Frieden innerhalb in Europa aufrecht erhalten zu haben.

Eine Vielzahl an Abgeordneten dankte Juncker für sein Engagement in den letzten fünf Jahren in der Wirtschaft, der Migrationskrise und den Brexit-Verhandlungen. Er wurde weiters dafür gelobt, keine Kompromisse bei der Sicherung der Freiheit und der Bekämpfung der Steuerhinterziehung eingegangen zu sein.

Allerdings musste sich der scheidende Kommissionschef auch viel Kritik anhören - von links und von rechts. "Wo bleibt der europäische Mindestlohn, den Sie uns immer wieder versprochen haben?", fragte zum Beispiel die französische Linke Manon Aubry. Und nach Ansicht von Marco Zanni von der rechtspopulistischen Lega in Italien hat Juncker bei den großen Fragen Migration, Wirtschaft und innere Sicherheit auf ganzer Linie versagt.

Und dann ist da ja auch noch der Brexit: "Die Wahrheit ist, es hat mich geschmerzt, dass ich mich während meiner Amtszeit so viel mit dem Brexit beschäftigen musste, während ich dafür gekämpft habe, die EU besser für die Bürger zu machen. Was für eine Zeit- und Energieverschwendung."

Nur ein geeintes Europa sei stark genug, um sich gegen Weltmächte wie die USA oder China behaupten zu können, davon ist Juncker überzeugt - und beendet seine letzte Rede im europäischen Parlament mit einem flammenden Appell: "Kümmert Euch um Europa, kämpft mit ganzer Kraft gegen den dummen und bornierten Nationalismus. Es lebe Europa!"

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäisches Parlament

Parlamentsbeschluss soll multinationale Unternehmen zwingen offenzulegen, wo sie ihre Steuern zahlen

Die Europaabgeordneten haben am Donnerstag eine Entschließung angenommen, in der sie die Mitgliedstaaten auffordern, an überfälligen Regeln zu arbeiten, die die multinationalen Unternehmen verpflichten, anzugeben, welche Steuern sie in den einzelnen Ländern zahlen.

In der mit 572 Ja-Stimmen bei 42 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen angenommenen Entschließung werden die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert, sich auf einen Standpunkt zu dem Legislativvorschlag zu einigen, der eine länderspezifische Berichterstattung über die von multinationalen Unternehmen gezahlten Steuern vorschreibt.

Auf diese Weise könnten Gespräche zwischen den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament aufgenommen werden, um einen endgültigen Wortlaut der Regeln zu vereinbaren. Das Parlament hat diesen Gesetzesentwurf bereits 2017 befürwortet. Die EU-Minister haben jedoch keine Stellungnahme abgegeben, weshalb noch kein Gesetz verabschiedet wurde.

Während der Debatte am Dienstag unterstrichen die Europaabgeordneten, dass die Unternehmensbesteuerung ein Bereich ist, der den Menschen ein großes Anliegen ist, und dass die Mitgliedstaaten die Bürger enttäuscht haben, indem sie so lange nicht gehandelt haben. Die Europaabgeordneten betonten, dass die Bürger das Recht haben, zu erfahren, wo multinationale Unternehmen ihre Steuern zahlen, und dass diese Transparenz unerlässlich ist. Sie sagten auch, wenn die EU nicht in der Lage ist, Steueroasen innerhalb ihrer eigenen Mauern zu bekämpfen, wäre es für Europa schwierig, auf internationaler Ebene glaubwürdig zu sein, wenn es um Steuerfragen geht.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Finanzhilfen für Arbeitnehmer, die von möglichem No-Deal-Brexit betroffen wären

Die Abgeordneten billigen die Änderung des EU-Globalisierungsfonds EGF. Die Gelder können nun auch Arbeitnehmern zu Gute kommen, die die durch einen „No-Deal“-Brexit arbeitslos werden.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) finanziert arbeitspolitische Maßnahmen wie die Umschulung einzelner Arbeitnehmer, Karriereberatung, Aus- und Weiterbildung, Umzugsbeihilfen oder hilft bei Unternehmensgründungen.

Bisher konnten die Mitgliedstaaten nur EGF-Finanzhilfen für Arbeitnehmer und Selbständige beantragen, die aufgrund der Globalisierung oder einer Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz verloren haben. Am 22. Oktober nahm das Europäische Parlament aber eine Änderung an, welche es von nun an auch erlaubt Arbeitnehmer und Selbstständige, die nach dem möglichen Austritt Großbritanniens ihren Arbeitsplatz verlieren oder große Auftragseinbußen hinnehmen müssen, zu unterstützen.

Die Änderung der Verordnung soll ab dem Tag gelten, der auf den Tag folgt, an dem die Geltung der Verträge für das Vereinigte Königreich endet. Sie findet jedoch keine Anwendung, wenn ein Austrittsvertrag geschlossen wird.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

EU-Investitionsbudget: Mehr Geld für Klimaschutz

Am Mittwoch, 23. Oktober stimmten die Abgeordneten des Parlaments über ihre Position zum EU-Budget für 2020 ab. Dieses müsse eine "solide Grundlage für den Start einer neuen Generation an EU-Programmen" sein.

Das Parlament unterstreicht, dass das Budget für 2020 „die letzte Chance für die EU sei, ihren politischen Versprechen nachzukommen, allen voran ihren Zielen zur Bekämpfung des Klimawandels“. Es soll den Weg ebnen für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen, ein langfristiger Budgetplan für 2021-2027.

Die Abgeordneten möchten die Jugendbeschäftigungsinitiative YEI und Erasmus+ weiter fördern und genehmigten den weiteren Ausbau der Investitionen in Gebieten wie Forschung, Digitalisierung, Migration und Außenpolitik. Das Parlament sieht auch 2 Mil. € mehr an Budget für Klimaschutz vor als die Kommission.

Insgesamt umfasst das Budget ungefähr 171 Mil. € an Mitteln, die die EU plant, 2020 in Projekte und Programme zu investieren - ein Anstieg von 2,7 Mil. € im Vergleich zum Budgetentwurf der Kommission.

Das Parlament und der Rat werden nun in 3-wöchige in Beratungsgespräche eintreten, mit dem Ziel eine Einigung der beiden Institutionen hinsichtlich des Budgets für 2020 zu erreichen. Das Parlament muss dann erneut über den Deal abstimmen, ehe sein Präsident den Entwurf unterzeichnet. Sollte es zu keiner Einigung kommen, muss die Kommission einen neuen Entwurf vorlegen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Donald Tusk präsentiert die Ergebnisse des EU-Gipfels

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am Dienstagmorgen gemeinsam mit Ratspräsident Tusk und Kommissionspräsident Juncker die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17. & 18. Oktober besprochen.

Für Donald Tusk war es die letzte Parlamentssitzung als Präsident des Europäischen Rates. Er verurteilte die türkische Militäroffensive in Nordsyrien und forderte die Türkei auf, seine Truppen zurückzuziehen und die internationalen Menschenrechte einzuhalten. Er sprach auch über die Solidarität der EU gegenüber Zypern in Anbetracht der illegalen Bohrungen der Türkei vor der zypriotischen Küste.

Der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gab an, dass der ausgehandelte Brexit-Deal rechtliche Sicherheit gewährt und den Wünschen des Parlaments entgegenkommt. Auf das EU-Budget angesprochen stellte Juncker heraus, dass der letzte Vorschlag des Rats inakzeptabel sei. „You cannot shape Europe with 1% of GDP“.

Alle Parteienführer im Parlament stellten fest, dass es nicht reiche, das Handeln der Türkei zu verurteilen und forderten den Rat und die Kommission auf, tatsächliche Strafen zu verhängen. Viele Abgeordnete, die Reden hielten, forderten den Rat ebenfalls dazu auf, angemessene Finanzierungen für die ehrgeizigen Ziele der neuen Kommission unter Ursula von der Leyen zu bestätigen. Außerdem zeigten sie sich in Anbetracht der weitgehenden Unterstützung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen von Nordmazedonien und Albanien enttäuscht über die Unfähigkeit, eine Einstimmigkeit innerhalb des Rates zu finden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Sonstiges

Europäische Internetadresse .eu für EU-Bürger weltweit verfügbar

Seit dem 19. Oktober können sich nun auch EU-Bürger, die in einem Land außerhalb der EU leben, für eine .eu-Adresse registrieren. Damit wird der Zugang zum digitalen Binnenmarkt auch für Menschen mit Wohnsitz außerhalb Europas erleichtert. Die Internetadressendung (Top-Level-Domäne, TLD) .eu verleiht Europa eine eigene Internet-Identität. Ziel ist es, die Sichtbarkeit der Europäischen Union im Internet zu erhöhen, die Auswahl der Domänenamen zu erleichtern und den digitalen Binnenmarkt zu fördern.

Bisher musste der Firmensitz oder Wohnsitz von Inhabern einer .eu-Internetadresse in der EU, der Schweiz, in Liechtenstein oder in Norwegen liegen. Ab Samstag können z.B. auch die zwölf Millionen Europäer, die in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien leben, davon Gebrauch machen.

Fast 3,7 Millionen EU-Bürger und Unternehmen nutzen bereits die .eu-Adresse, die auf Platz sieben der Top-Level-Domänen liegt. EURid(link is external) ist das Register, das die länderspezifischen Endungen von Top-Level-Domänen.eu und .eu (kyrillische Schrift) und ab November auch in griechischer Schrift, im Auftrag der Europäischen Kommission verwaltet. EURid arbeitet mit etwa 750 Partnern weltweit zusammen - den zugelassenen Registraren – die sich auf die Registrierung von Domänen für ihre Kunden spezialisiert haben. Bei einem zugelassenen Registrar, der die Angaben überprüft, kann eine .eu -Internetadresse für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren beantragt werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

EU mobilisiert gemeinsam mit Partnern private Investitionen in Nachhaltigkeit

Gemeinsam mit Argentinien, Kanada, Chile, China, Indien, Marokko und Kenia hat die EU die internationale Plattform für nachhaltige Finanzierungen (IPSF) eröffnet. Damit soll privates Kapital für Investitionen in den Übergang zu einer grünen Wirtschaft mobilisiert werden. Der Vizepräsident der Kommission sowie Kommissar für sozialen Dialog, Valdis Dombrovskis stellte ihn gemeinsam mit der Direktorin des Internationalen Währungsfonds Kristalina Georgieva vor.

„Öffentliche Mittel werden zwar für den Wandel hin zu einer grünen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sein, können aber die notwendigen massiven Investitionen nicht allein abdecken. Wir müssen auch privates Kapital erschließen und die grünen Investitionen erhöhen, damit sie zur Bewältigung der Klimakrise beitragen können.“, so Dombrovskis.

Bis 2030 seien noch viele jährliche Investitionen nötig, um die von der EU gesetzten Klimaziele aus dem Vertrag von Paris zu erreichen. Man spricht von milliardenschweren Investitionen in unter anderem den Verkehr, die Wasserinfrastruktur und die Energie. Die Plattform des IPSF soll ein Forum sein, um den Austausch von Informationen zu erleichtern und die Bemühungen im Initiativen und Ansätze für eine ökologisch nachhaltige Finanzierung unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Rahmenbedingungen zu koordinieren.

Im Mittelpunkt stehen Initiativen wie grüne Taxonomien (d.h. die Klassifizierung nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivitäten), grüne Finanzproduktstandards und -labels sowie die Offenlegung nachhaltigkeitsbezogener Informationen, die für Investoren von grundlegender Bedeutung sind, um weltweit grüne Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren und zu nutzen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Validierung des nichtformalen und informellen Lernens – Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

7 August 2019 - 13 November 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger